

Nordost-Umfahrung: FPÖ für Beschleunigung, Grüne für Baustopp

Wiener Global 2000 für Nachdenkpause und strenges Umweltverfahren

Wien - Die Verzögerung bei der Realisierung der Wiener Nordost-Umfahrung (S1) hat für Verärgerung beim Verkehrssprecher der Landes-FPÖ, Herbert Madejski, geführt. In einer Aussendung verlangte er einen Stopp der "Wiener Verzögerungstaktik". Ähnliche Kritik übte auch VP-Gemeinderat Robert Parzer. Rüdiger Maresch, Umweltsprecher der Wiener Grünen, forderte dagegen die Stadt auf, das Projekt "Lobauautobahn" zu begraben.

Madejski sprach von kleinlichem Politgeplänkel zwischen dem Bund und der Wiener SPÖ. Die daraus resultierende Verzögerung könnte für zusätzliche Staukosten in Höhe von etlichen Hundert Mio. Euro sorgen, rechnete er vor. Er unterstellte den Sozialdemokraten eine Hinhaltenaktik bei den von der Asfinag geforderten Probebohrungen, was die Steuerzahler teuer zu stehen kommen könnte.

"Unnötige Verschleppung"

"Es kann nicht sein, dass SP-Umweltstadträtin (Ulli. Anm.) Sima bei der raschen Realisierung der Nordostumfahrung ständig blockiert", meinte auch Parzer: "Die durch fehlende Genehmigungen seitens der Stadt Wien entstehende Verzögerung ist ungerechtfertigt und führt zu einer unnötigen Verschleppung des Projektes."

"Nicht bewilligen"

Im Gegensatz dazu sprach sich Maresch dafür aus, die Bewilligungen überhaupt nicht zu erteilen. Er appellierte an Sima, "diesen schwerwiegenden Eingriff in den Nationalpark nicht zu bewilligen, um ihn nicht zu gefährden". Wien brauche die Autobahn jedenfalls nicht: "Nüchtern betrachtet sollte die Stadt Wien jetzt die Notbremse ziehen und das Projekt Lobauautobahn endlich begraben."

Die Umweltschutzorganisation Global 2000 begrüßte die "Nachdenkpause", in der man nun den Bau der "Transit-Schnellstraße" überdenken sollte. Die umweltrechtliche Betrachtung des Projekts müsse nach allen gesetzlichen Vorgaben durchgeführt werden. Es gebe Beispiele dafür, dass die Asfinag mit ökologischen Gutachten für Straßenbauprojekte sehr lax umgehe, so Verkehrsreferentin Karin Kuna. (APA)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2325821>